

LANDKREIS TELTOW-FLÄMING

KREISTAG AKTUELL – BERICHT AUS DER DEZEMBER-SITZUNG



Foto: Privat

Unsere Kreisfraktion DIE LINKE/Die PARTEI der VI. Wahlperiode: Maritta Böttcher, Judith Kruppa, Peter Dunkel, Anke Scholz, Annekathrin Loy, Heike Kühne, Dr. Irene Pacholik, Monika Nestler, Felix Thier, Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE), Prof. Dr. Rüdiger Prasse, Vize-Landrätin und Erste Beigeordnete Kirsten Gurske (parteilos) (v. r. n. l.).

Haushaltswurf 2024 vorgestellt

Da die Kreisverwaltung unter Landrätin Kornelia Wehlan (Die Linke) die Zielstellung hat, rund um den Jahreswechsel den Haushalt für das dann neu beginnende Jahr durch den Kreistag beschlossen bekommen zu haben, sind wir am 11. Dezember wieder in die Haushaltsdebatte gestartet.

Bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfes wurde durch den Kämmerer mitgeteilt, dass der Abwägungsprozess zur Festsetzung der Kreisumlage, entsprechend neuester Rechtsprechung, überarbeitet wurde. Mehrere Kriterien sind berücksichtigt worden.

Das ändert aktuell jedoch leider nichts dran, dass zwischen den Jahren 2015 und 2023 ganze 33 Widersprüche der kreisangehörigen Kommunen gegen die Kreisumlagezahlung dieser Jahre eingegangen sind. Da man sich bei diesen Streitfällen wohl vor Gerichten einigen werden muss, hat der Landkreis, vollkommen zu Recht, finanzielle Rückstellungen gebildet. Denn es kann ja sein, dass er Kreisumlagezahlungen an Kommunen erstatten muss.

Diese Rückstellungen belaufen sich auf nunmehr gut 300 Millionen Euro, sind blockiert und stehen nicht für Investitionen bereit.

Und diese Summe wiederum hat der Landkreis auch nicht auf der hohen Kante, er hat hier also einen Fehlbedarf. Und zur Fehlbedarfsfinanzierung muss ein Landkreis die Kreisumlage erheben. Die Kommunen schneiden sich am Ende also ins eigene Fleisch: Immer mehr Widersprüche ihrerseits führen zu immer mehr Zahlungen an Kreisumlage. Diesen Kreis kann man nur durchbrechen, wenn sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen und über die Finanzen in Teltow-Fläming konstruktiv und zielorientiert reden! Es wird nicht ohne Einschnitte gehen – auf beiden Seiten.

Fakt ist: Die Kämmerei des Landkreises hat für den Haushaltsentwurf 2024 von der Kreisverwaltung Einsparungen in Höhe von 44,5 Millionen Euro gefordert. Umgesetzt werden konnten 39,5 Millionen Euro. Die fehlenden knapp fünf Millionen müssen durch die Kreisumlage gedeckt werden. Denn der Landkreis investiert mit seinem Geld in Neubau und Brandschutz an Schulen, in Radwege und Straßen, in das Feuerwehrtechnische Zentrum. Und im Übrigen ist der Anteil der sogenannten freiwilligen Leistungen des Landkreises an dessen Gesamthaushalt gering. Und nur bei diesen könnte man streichen, wenn man sparen will. Alle anderen Ausgaben sind nämlich gesetzlich pflichtig

bzw. vorgeschrieben. Hier merkt man wieder gut, dass die Kommunen durch Bundes- und Landespolitik komplett unterfinanziert sind: Die Kommunen erhalten 15 Prozent der gesamten Steuern in Deutschland – aber müssen 25 Prozent aller Aufgaben erfüllen!

Die Quote der freiwilligen Leistungen des Landkreises liegt aktuell bei 4,23 Prozent. Drei Prozent der Gesamtausgaben für freiwillige Leistungen werden allgemein als akzeptabel angesehen. Nimmt man aber die Ausgaben des Landkreises für den ÖPNV in Teltow-Fläming weg, also für Linienbusse und Rufbus, bleiben von den 4,23 Prozent an freiwilligen Leistungen nur noch 1,7 Prozent übrig. Und alle Bürgermeister*innen in Teltow-Fläming waren und sind sich einig, dass die Gelder des Landkreises für den ÖPNV keine Streichoptionen sein sollen. Das ist nachvollziehbar, profitieren doch schließlich mehr oder weniger alle Städte und Gemeinden in ganz Teltow-Fläming vom ÖPNV-Geld des Landkreises.

Lange Rede, kurzer Sinn: Über den Haushaltsplan 2024 und die Höhe der Kreisumlage wird noch zu reden sein. Wir bringen uns dazu in den kommenden Wochen in den Fachgremien des Kreistages ein. Wir sehen aber auch, dass die Kreisumlage nicht immer höher-

geschraubt werden kann. Hinweise auf die Finanzlage der Städte und Gemeinden Teltow-Flämings haben uns erreicht und wir gehen damit verantwortungsvoll um.

Antrag zur Verbesserung der Schüler*innenbeförderung

Klagen über die Beförderung der Schüler*innen hört und liest man immer wieder. Auch im Kreistag spielte das Thema schon mehrfach eine Rolle.

Wir wollten es genau wissen und wollten die Kreisverwaltung per Antrag mit dem Prüfen der Beschwerden und Aufzeigen von Lösungen beauftragen. Die Ergebnisse dazu erhielten wir in der Dezember-Sitzung durch die Stellungnahme der Kreisverwaltung zu unserem Antrag. Mit dem Fahrplanwechsel jetzt im Dezember wurde einiges umgestellt und auch neue Angebote geschaffen. Nun wird sich im Nachgang dazu zeigen, ob eine Verbesserung erreicht werden konnte. Wir bleiben am Thema dran!

Da unser Antrag an der Stelle aber erfüllt war, haben wir ihn in der Dezember-Sitzung nicht mehr zur Abstimmung gestellt, sondern zurückgezogen.

Felix Thier,
Luckenwalde, Fraktionsvorsitzender

JUGENDPARLAMENTE – EINE CHANCE FÜR ALLE KOMMUNEN



Foto: Privat

Das Rathaus in Rangsdorf

Um Kindern und Jugendlichen eine Stimme zu geben, schaffen immer mehr Städte und Gemeinden sogenannte Kinder- und Jugendparlamente. Das sind ehrenamtliche Gremien, die sich aus Kindern und Jugendlichen zusammensetzen und die Gemeindevertreter*innen bei ihren Entscheidungen bezüglich jüngerer Menschen beraten sollen. Auch bei uns in Rangsdorf gibt es seit 2019 ein Kinder- und Ju-

gendparlament, welches sich aus sieben Mitgliedern und fünf Stellvertreter*innen zusammensetzt. Die Stellvertreter*innen genießen dabei Rederecht, dürfen aber nur abstimmen, wenn sie ein vollwertiges Mitglied vertreten. Zu Beginn jeder Wahlperiode versammeln sich alle interessierten Jugendlichen im Rathaus und wählen in einer geheimen Wahl die Mitglieder, sowie die/den Vorsitzende*n.

wichtige Entscheidungen schnell und effizient umzusetzen. So zum Beispiel den Jugendpavillon am Bahnhof, der auf Beschluss des Kinder- und Jugendparlamentes errichtet und im August 2023 eingeweiht wurde. Oft in der Vergangenheit wurde sich ein solcher Treffpunkt gewünscht. Wo wir auch schon bei der größten Aufgabe eines Jugendparlamentes sind: Es soll ein Sprachrohr der

Alle, die nicht genug Stimmen bekommen haben, oder erst nach dieser Versammlung zum Jugendparlament hinzustoßen, werden Stellvertreter*innen. Bei uns in Rangsdorf ist der größte Unterschied zwischen der Gemeindevertretung und dem Jugendparlament, der mir persönlich immer wieder positiv auffällt, die Einigkeit und die damit verbundene Atmosphäre. Wir, die Abgeordneten, sehen uns nicht als Konkurrent*innen unterschiedlicher Parteien, sondern als Aktivist*innen, die gemeinsam für die richtige Sache kämpfen. Das gibt uns die Möglichkeit,

Kinder und Jugendlichen sein. Deswegen zeigen wir Anwesenheit bei größeren Festen, Aktionen im Ort (wie zum Beispiel dem Clean-Up-Day) und in den sozialen Medien. Weiterhin sind wir Mitglied im Dachverband der Kinder- und Jugendgremien Brandenburg (DKJB), in dem sich Jugendparlamente aus dem ganzen Bundesland austauschen und Ideen teilen. Politische Arbeit im kommunalen Kinder- und Jugendgremium hat viele Aspekte, Vor- und Nachteile, auf die ich hier nicht eingehen kann. Allerdings kann ich mit fester Überzeugung feststellen, dass ein Kinder- und Jugendparlament ein Gewinn für jede Kommune ist und sowohl auf Gemeinde- als auch auf Kreisebene Sinn macht. Wir als Die Linke sollten die Partei sein, die den Jugendlichen zuhört und ihr Mitspracherecht, welches ihnen zusteht, durchsetzt. Jugendparlamente sind dafür die kurzfristig beste Möglichkeit.

Simon Krüßmann,
Mitglied des Rangsdorfer
Jugendparlamentes



WIR SUCHEN DICH FÜR DIE KOMMUNALPOLITIK!

**Du bist gegen den Rechtsdruck im Land?
Das Soziale soll gestärkt werden?
Es muss gerechter zugehen?
Der Fokus gehört verstärkt auf die Nachhaltigkeit?
Politik gestalten hältst Du für sinnvoller
als nur meckern und bloßen Protest?**

Kurzum: Es soll sich was vor Ort verändern und es ist dort Zeit für neue politische Mehrheiten?

Dann mach's doch selbst – mit uns gemeinsam! Du gehörst auf unsere überparteiliche Liste zur Kommunalwahl!

Wenn Gerechtigkeit und Gleichstellung, Klimaschutz und Antifaschismus für Dich nicht nur leere Worthülsen sind und Du überzeugt bist, dass eine bessere Welt mög-

lich ist, dann komme zu uns und kämpfe mit uns gemeinsam für eine gerechte Gesellschaft.

In vielen Kommunalparlamenten kämpft DIE LINKE seit Jahren für soziale Gerechtigkeit und erhebt die Stimme für die, die es nicht können. Auch im kommenden Wahlkampf wollen wir wieder mit einem star-

Kommunalpolitik findet direkt vor Deiner Haustür statt und Du kannst sie aktiv mitgestalten.

ken Team antreten, um uns für linke Politik stark zu machen. Wenn Du Lust hast, Dich zur Wahl zu stellen, um Deine Region mitzugestalten, bist Du bei uns genau richtig.

**Und wie gesagt:
Auch ohne Parteibuch bist Du bei uns herzlich willkommen, zu kandidieren.**

**9. Juni 2024
Kommunalwahl**

In ganz Teltow-Fläming werden neue Gemeinde- und Stadtparlamente sowie Ortsbeiräte gewählt.

**Du fühlst Dich angesprochen?
Nur Mut!**

Kontaktiere uns bis Anfang 2024 einfach per Mail

an info@dielinke-tf.de.
Für Fragen und Gespräche stehen wir gerne zur Verfügung.

DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming

BÜRGERBUDGET IST BETEILIGUNG – FÜR UNS LINKE DARF SIE ABER AUCH NICHT NUR EIN FEIGENBLATT SEIN.

Ob das Instrument zur direkten Beteiligung der Bürger*innen Luckenwaldes nun Bürgerhaushalt oder BürgerBudget heißt, ist sicherlich nachrangig. Gestört haben wir uns aber an der von der Stadtverwaltung geplanten Höhe der jährlich festen Summe: 30.000 Euro klingen nicht wenig, sind aber auf den zweiten Blick für ein konkretes Projekt auch nicht sonderlich viel.

Wir beantragten daher in der Ausschussberatung, die Summe auf 60.000 Euro zu erhöhen. Hier legten sich nicht nur die SPD-Bürgermeisterin, sondern auch alle anderen Fraktionen quer. Als konstruktives Signal erhielten wir jedoch von einigen Fraktionen den Hinweis, mit unserer Summe nach unten zu gehen. Daraufhin haben wir 45.000 Euro als Größe für das BürgerBudget zur Abstimmung gestellt.

Die Abstimmung zu unserem Änderungsantrag ging wie folgt aus:

- Das Budget wird von 30.000 Euro auf 45.000 Euro angehoben. Hier waren bis auf die Bürgermeisterin und Teile der SPD-Fraktion alle dafür.
- Das Limit von 10.000 Euro für einzelne Vorschläge zu streichen, und so mehr Spielraum für Vorschläge zu ermöglichen, haben die Fraktionen SPD/Grüne und Teile der CDU leider verhindert. Hier fand sich für unseren

Vorschlag denkbar knapp keine Mehrheit.

- Der Stadtverwaltung bei ihrer Prüfung der eingereichten BürgerBudget-Vorschläge vier Stadtverordnete an die Seite zu stellen, wurde wiederum beschlossen: Hier war nur die SPD/Grüne-Fraktion dagegen bzw. hat sich in Teilen enthalten.

Turmfest: Alles bleibt, wie es ist oder stellt sich die Verwaltung den Problemen?

Und wieder fanden wir uns als Stadtverordnete an einem Punkt wieder, den wir schon vor einigen Monaten gegenüber der Verwaltung kritisierten: Wir sollen als Stadtparlament Geld für das Turmfest im nächsten Jahr freigeben, ohne zu wissen, wie der städtische Haushalt des nächsten Jahres aussehen wird und ob wir uns das Fest überhaupt noch leisten können.

Für 2024 wollte die von der SPD-Bürgermeisterin geführte Stadtverwaltung über eine Viertelmillion Euro, genauer gesagt 260.000 Euro, binden. Dass die SPD/Grüne-Fraktion hier kritiklos dahintersteht, muss nicht verwundern. Für Bürgermeisterin wie SPD/Grüne-Fraktion ist am Turmfest alles gut so, wie es ist. Es bedarf keiner Veränderungen und soll so weiterlaufen wie gehabt. Koste es, was es wolle.

Kann es das aber? Abgesehen davon, dass eine Umfrage zum Fest

2023 ein »Nicht-alles-ist-super«-Fazit erbrachte, ist festzuhalten, dass es seit Jahren kritische Stimmen, aus unterschiedlichsten Beweggründen, zum Turmfest gibt. Fakt ist: Über die Art und Weise des Turmfestes ist zu reden.

Kann es dazu aber kommen, wenn nun schon wieder durch die Politik der Blankoscheck für alle Verträge zum Fest 2024 ausgestellt werden soll? Oder sollte nicht vielmehr zuerst einmal aufgezeigt werden, was beim Turmfest anders gemacht werden könnte, um Kosten einzusparen?

Klar ist: Die Preisspirale nach oben muss durchbrochen werden: Jedes Jahr werden die Kosten des Festes, durchaus nachvollziehbar, höher. Personalkosten, Mieten, Strom, Wasser, Gebühren, ... Doch damit steigt der Zuschussbedarf aus der Stadtkasse, da ja die Eintrittspreise nicht ins Unendliche angehoben werden können und sollen. Das Turmfest soll schließlich für alle Leute sein. Wenn man aber die Ausgaben nicht mehr ausreichend stemmen kann, muss man an die Ausgabenseite ran! Das wiederum heißt: Kein Weiter so, keine Blankovollmacht für Verträge zum Fest 2024!

Absolut sinnvoll war aus unserer Sicht daher der Antrag von FDP/LÖS, der die Stadtverwaltung auffordert, verschiedene Finanzierungsmodelle aufzuzeigen. Und sinnvoll war es auch, diese zur Haushalts-

klausur der Stadtverordneten mit der Rathaus Spitze vorzustellen. Dann wäre nämlich erkennbar, was sich die Stadt leisten muss, leisten kann – und was eben nicht. Und wo im Zweifel an freiwilligen Leistungen gekürzt werden müsste. Wir haben daher den Antrag von FDP/LÖS unterstützt. Insgesamt gab es dazu von allen Fraktionen Zustimmung – nur die Fraktion SPD/Grüne hat mit Nein gestimmt bzw. sich enthalten.

Die Beschlussvorlage für den Abschluss von Verträgen für das Turmfest 2024 haben wir nicht unterstützt, sondern uns enthalten. Insgesamt fand das Dokument aber eine Mehrheit.

Prophylaktisch an alle gerichtet, die uns erneut die Verhinderung des Turmfestes vorwerfen wollen: Man kann nur eine Party feiern, wenn man sie bezahlen kann. Und am Ende geht es um das Geld von allen – es ist Steuergeld. Wir zumindest wollen damit verantwortungsvoll und bedächtig umgehen. Denn die Entscheidung, dass wir möglicherweise aufgrund leerer Kassen freiwillige Leistungen streichen müssen und es zum Beispiel auf Freibad Elstal, Stadttheater und Stadtbuslinie ODER das Turmfest hinausläuft, wollen wir nicht treffen müssen.

Felix Thier, Vorsitzender der Stadtfraktion

GEMEINDE NIEDERGÖRSDORF

KANDIDATENGEWINNUNG NICHT LEICHT GEMACHT

Der Termin der Kommunalwahl rückt immer näher und die Suche nach geeigneten Kandidat*innen wird immer schwieriger. Wir sind aktuell drei Abgeordnete (zwei Parteimitglieder und ein Parteiloser) in der Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung Niedergörsdorf. Von Beginn an gestalten wir in der Gemeinde konstruktiv und mit Sachverstand eine sozialverträgliche Politik in dieser schwierigen Zeit. Das ist oft schwieriger als gedacht. Bereits in den ersten zwei Jahren dieser Wahlperiode legte ein Mitglied aus beruflichen, dessen Nachfolger aus persönlichen Gründen das Mandat nieder. Unser Genosse Bernd Dieske muss

als Vorsitzender der Gemeindevertretung bei der Führung der Sitzungen Neutralität wahren. Doch mit einem Abgeordneten der Grünen gelang es uns, auch die Aufgaben in den Ausschüssen wahrzunehmen.

Die nächste Wahlperiode steht an. Unsere Parteigruppe in Niedergörsdorf besteht aus neun Mitgliedern, davon vier im Alter 80 plus, vier 70 plus und eine Genossin gehört mit 50 Jahren noch zur arbeitenden Bevölkerung. Wir haben hin und her überlegt, was das Beste für die Partei und die Tätigkeit als Abgeordnete ist. Wir zogen ein Bürgerbündnis in die engere Wahl. Doch das würden viele Bürger*innen nicht verstehen,

die uns immer als DIE LINKE ihre Stimme gegeben haben und wir selbst wollen auch als DIE LINKE wahrgenommen werden. Nun werden sich wieder mit Bernd Dieske, Reinhard Fromm und Edeltraut Liese vier »Alte« und Anette Schreiber in die Kandidierendenliste eintragen. Natürlich führen wir viele Gespräche mit weiteren Bürger*innen, um sie als Kandidierende zu gewinnen. Doch dieser Prozess gestaltet sich sehr schwierig, weil sich unsere Parteiführung in letzter Zeit zu viel mit sich selbst beschäftigt hat. Aktuell wird unsere Partei nicht mehr als Kraft zur Veränderung der Miese in Deutschland gesehen. Das

müssen wir in den Kommunen aushalten – und für die Menschen und ihre Fragen, Sorgen und Belange da sein und Antworten finden.

Wir werden wieder in die Gemeindevertretung einziehen und sehen, mit welchen Abgeordneten wir zusammenarbeiten und vielleicht auch eine Zählgemeinschaft bilden können. Also bleiben wir optimistisch. Auch wenn auf die Kommunen schwierige Zeiten zukommen werden – konzentrieren wir uns auf die Aufgaben, für die wir von unseren Bürger*innen gewählt werden.

Edeltraut Liese, Fraktionsvorsitzende Niedergörsdorf

AKTUELLES AUS DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG

Das Jahr neigt sich dem Ende zu, und der Haushalt für 2024 steht bereits in den Startlöchern. Doch auch wenn wir finanziell ins Minus gerutscht sind, bereitet uns nicht wie in vergangenen Jahren der Haushalt die größten Sorgen. Leider ist es vor allem die nach wie vor fehlende Zusammenarbeit zwischen dem Bürgermeister und den Stadtverordneten, die uns Kopfzerbrechen bereitet. Insbesondere in Bezug auf Kitas und die Entwicklung des Fuchsberge-Gebiets scheint alles auf der Stelle zu treten. Seit einem halben Jahr befinden sich die Anwälte der Kita Glühwürmchen und der Stadt in einer Pattsituation und kommen zu keiner Einigung. Auf der einen Seite hören wir von der Kita, die ein neues Gebäude mithilfe eines Investors errichten möchte, dass die Stadt sich weigert, die Mietkosten zu übernehmen. Auf der anderen

Seite beschuldigt die Stadt die Kita und den Investor der Intransparenz und Blockade. Seit einem halben Jahr sind keine erkennbaren Fortschritte erzielt worden, und man fragt sich allmählich, wie die Anwälte überhaupt miteinander kommunizieren. Diese anhaltende Uneinigkeit versetzt die Leitung der Kita in einen permanenten Zustand der Besorgnis über ihre Zukunft, während sie sich mit einem baufälligen Gebäude allein gelassen fühlt. Niemand kann absehen, wie lange Glühwürmchen unter diesen Umständen noch bestehen kann. Selbst wenn die Stadt die Renovierung von Glühwürmchens Gebäude übernehmen würde, steht diese Maßnahme erst nach der Kitas Neumarkt und Pittiplatsch in Kloster Zinna auf der Prioritätenliste. Dies bedeutet, dass eine Planung und bauliche Erneuerung frühestens im Jahr 2027 erfolgen könnte. Bei der

Entwicklung der Fuchsberge, einem der größten Erweiterungsprojekte seit Jahrzehnten, herrscht ebenfalls eine angespannte Stimmung zwischen den Stadtverordneten und dem Bürgermeister, der die Wobau repräsentiert. Obwohl vereinbart wurde, dass die Stadtverordneten regelmäßig über die Fortschritte informiert werden sollten, blieben sie seit geraumer Zeit im Dunkeln, ohne jegliche Informationen seitens des Stadtoberhauptes. Der aktuelle Stand des Projekts ist völlig undurchsichtig.

Fragen über Fragen tun sich auf:



- Werden die festgelegten Ziele überhaupt noch erreicht?
- Findet überhaupt noch eine Entwicklung statt?
- Welche Konflikte belasten das Verhältnis zwischen Stadt und Land in diesem Zusammenhang?

All diese Fragen schüren den Unmut der Stadtverordneten und erschweren eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister erheblich.

Trotz allem bleiben wir entschlossen, uns unermüdlich für die Belange der Bürger*innen einzusetzen. Wir werden fortlaufend die Arbeit des Bürgermeisters hinterfragen und darauf drängen, dass bei bedeutenden Entscheidungen alle angemessen einbezogen werden.

Unser Ziel ist es, weiterhin Druck auszuüben, um sicherzustellen, dass die Interessen und Bedürfnisse aller bei diesen essenziellen Entscheidungen berücksichtigt werden.

Ulrike Anders, Mitglied des Stadtparlaments Jüterbog, Fraktion DIE LINKE

LUDWIGSFELDE

MENSCH UND /ODER AUTO IN EINER MODERNEN STADT ...

So könnte man zwei derzeitige Diskussionsthemen in der Stadt Ludwigsfelde unter einen Nenner bringen. Da gibt es zum einen den Aspekt des Verkehrslärms. Für diesen ist in Ludwigsfelde die die Innenstadt kreuzende Autobahn maßgeblich mit verantwortlich. Daher gilt seit mehreren Jahren zwischen den beiden Autobahnanschlussstellen Ludwigsfelde Ost und West eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 120 km/h. Wenn es nach dem Willen von Stadtverordneten und Verwaltung geht, wäre eine weitere Reduzierung aus Lärmschutzgründen wünschenswert. Ganz anders sieht es die Autobahn GmbH. Diese teilte der Stadt Ludwigsfelde mit, dass sie auf Grund aktueller Zählungen von einem deutlich geringeren Verkehrsaufkommen ausgehe. Somit sei eine Begrenzung auf 120 km/h nicht mehr gerechtfertigt. Darüberhinaus sei auch nicht erkennbar, dass die Strecke ein besonderer Unfallschwerpunkt sei, der eine Reglementierung rechtfertigen würde. Bemerkenswert ist, dass



Blick auf das Ludwigsfelder Rathaus.

die Verkehrszählung der Autobahn GmbH mitten in der Coronapandemie stattfand, während der ja bekanntermaßen sowohl Liefer- als auch Individualverkehr stark eingeschränkt waren. Die Stadt Ludwigsfelde wird nun in den Widerspruch treten und eigene Zählungen vornehmen. Unterstützt wird sie in ihrer Sicht von der Feuerwehr, die nach einer eventuellen Geschwindig-

keitsfreigabe von einem Anstieg des Unfallgeschehens ausgeht. Ein weiterer verkehrspolitischer Diskussionspunkt in der Stadt ist die Planung des Ausbaus des Dachsweges zu einer Fahrradstraße. Es gibt in Ludwigsfelde zwar bereits Fahrradstraßen, der Dachsweg wäre jedoch die erste Fahrradstraße, die durch ein gewachsenes Wohngebiet mit betroffenen Anlieger*innen führt.

Und eben diese Anlieger*innen sollen für den Ausbau auch zur Kasse gebeten werden. Und das in einem deutlich höherem Maße, als wenn man den Dachsweg als klassische Anliegerstraße entwickeln würde. Für eine solche würde ein Kostenverhältnis von 70 Prozent für die Anlieger*innen zu 30 Prozent für die Stadt angesetzt werden. Für eine Fahrradstraße jedoch würde eine Kostenteilung von 90 zu 10 fällig. Völlig nachvollziehbar, dass die Anwohner*innen ihre zahlreichen Fragen und Befürchtungen sowohl in der Stadtverordnetenversammlung als auch in der Bauausschusssitzung vorbrachten. Wenn also die geplante Fahrradstraße als gutes Beispiel für ein modernes innerstädtisches Mobilitätskonzept dienen soll, müssen die Anwohner*innen auch weiter transparent und zeitnah über den Ausbau ihrer Straße informiert und mitgenommen werden.

Silvio Pape, Vorsitzender des Bauausschusses

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Kreistag Teltow-Fläming · V. i. S. d. P.: Felix Thier · Redaktion: Felix Thier · Redaktionsschluss: 30. November 2023
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling · Auflage: 1.450
Dezember 2023, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.